

Zeitschrift:	Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft
Herausgeber:	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
Band:	91 (1994)
Heft:	10
Artikel:	Sozialhilfe am Scheideweg : Ideologien der Vergangenheit, Ideen zur Gegenwart, Ideale für die Zukunft
Autor:	[s.n.]
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-838446

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 21.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Sozialhilfe am Scheideweg

Ideologien der Vergangenheit, Ideen zur Gegenwart, Ideale für die Zukunft

Der SKöF-Fortbildungskurs vom 26. und 27. September 1994 in Interlaken wurde mit dem folgenden, nicht alltäglichen Referat eröffnet. Die drei in verschiedenen Zeitepochen spielenden Szenen schrieb Peter Tschümperlin, den Kommentar dazu verfasste Andrea Mauro Ferroni und die Illustrationen stammen von «Pfuschi» alias Heinz Pfister, Bern.

1. Szene 1969 (vor 25 Jahren): Sozialarbeiter in städtischem Sozialamt

Als ich noch in der Ausbildung zum Sozialarbeiter stand, hatte ich mir geschworen, nie in der öffentlichen Fürsorge tätig zu werden. Schon der Begriff «Fürsorge» verursachte mir ein flaues Gefühl im Magen. Er schliesst doch dieses scheinheilig-patriarchalische Von-oben-herab mit ein, an dem unsere ganze Gesellschaft krankt. Ich konnte den Gedanken nicht ausstehen, Teil eines Systems zu sein, das Menschen zuerst ausgliedert und kaputt macht, um sie anschliessend zu disziplinieren und zurechtzubiegen. Der Staat als Helfer des Wirtschaftssystems und ich als sein Kontrolleur an der Sozialfront – nein danke!

Ich wollte ein Jugendhaus aufbauen – mit Selbstbestimmung, Teamleitung und so – oder wenigstens durch Gruppenarbeit in einem Quartiertreffpunkt zur Bewusstseinsbildung Unterprivilegierter beitragen. Aber das wollten die meisten in meiner Klasse. Wir

haben uns gegenseitig darin übertrumpft, herrschaftsfreie Methoden der Sozialen Arbeit aufzuspüren, und allen war klar, dass diese in der öffentlichen Fürsorge nicht zu finden sind.

Nun sitze ich also seit gut einem Jahr im Sozialamt, zuständig für Klientinnen und Klienten, deren Nachnamen mit U, V, W, X, Y oder Z beginnen. Ein X-Fall ist mir bis heute noch nicht begegnet; die Y-Fälle sind fast ausschliesslich Ausländer. Zu den V-Fällen zählen einige «Von»; meine Kolleginnen nennen sie den verarmten Adel. Das ist gar nicht so falsch, gehörten doch fast alle bis vor ein oder zwei Generationen noch zu den Etablierten und Wohlhabenden. Aber die meisten meiner Klienten stammen herkunfts mässig aus der Arbeiterklasse; Unterschicht nennen das diejenigen, die versteckter formulieren; unterprivilegierte Schicht wäre wohl der richtige Begriff.

Wie ich ins Sozialamt gelangt bin? Das ist eine kurze Geschichte: Ich suchte nach der Ausbildung eine Teilzeitanstellung, weil ich mich mit meiner Freundin und heutigen Frau in Haushalt und Kindererziehung teilen wollte. Auf die Heirat hat sie gedrängt, als sie schwanger wurde, weil es einfacher für das Kind sei. Schliesslich haben wir uns darauf geeinigt, beide halbtags erwerbstätig zu sein. Nun, sie als Sekretärin konnte am gleichen Arbeitsplatz verbleiben, und mir stand nur das Sozialamt offen, wo kaum mehr jemand einen Volljob ausüben will. Ausserdem ist die Arbeit hier anständig bezahlt, weil ihr nicht der Cha-

rakter der Gemeinnützigkeit oder gar des «Liebesdienstes» anhaftet.



Ich habe mich eigentlich erstaunlich rasch mit der neuen Aufgabe arrangiert. Nur ein paar Kollegen von früher nerven mich manchmal mit ihren Bemerkungen, dass ich mich «verkauft» hätte und meinen Prinzipien untreu geworden sei. Dabei sehe ich es mittlerweile anders. Ich habe mich sozusagen «in die Höhle des Löwen» gewagt, wo ich tagtäglich kämpfe, während sie auf der sonnigen Wiese harmlose Planspiele absolvieren. Was verändern sie denn damit? So gut wie gar nichts. Für kurze Zeit verbreiten sie revolutionäre Aufbruchstimmung, die meist entweder in Gleichgültigkeit oder im Chaos endet – und dies alles in einem Schonraum, in dem selbst das Chaos kaum Spuren hinterlässt.

Gut, sie stehen mit ihren Jugendhäusern, Quartierzentrten und Gassentreffpunkten häufiger in der Zeitung; sie sind per Du mit den Journalisten. Doch was bedeutet das schon. Letztlich pflegen sie auf diese Art auch nur eine Form bürgerlicher Selbstdarstellung. Ab und zu gelingt es ihnen, einem Politiker eine Konzession abzuringen. Dann tun sie so, als hätten sie das kapitalistische System in die Knie gezwungen. Nächtelang sprechen sie von nichts anderem, als ob dies der Auftakt zum grossen Umsturz wäre. Ja, die Unruhen von letztem Jahr haben ihrem Selbstbewusstsein geschmeichelt. Und dass ich dabei wegen meiner neuen beruflichen und familiären Situation nicht in der ersten Reihe mitmessen konnte, haben sie zum Anlass für heftige Kritik genommen. «Freunde, wie wär's einmal mit etwas Selbtkritik?» war ich stets versucht zu fragen. Doch ich tat es nicht, weil ich ihre Antworten schon erahnt habe: «Der Kampf belohnt immer nur die Sieger» oder «Mitläufer sollen gefälligst den Mund halten». Wie ich diesen paramilitärischen Jargon hasse! Man muss die Welt in gestochenen scharfen Schwarzweissbildern sehen, um sich seiner bedienen zu können. Ich dagegen bewege mich im Graubereich. Ich versuche, eine Institution von innen her zu verändern. Das ist beinharte Knochenarbeit.

Am Freitag zum Beispiel kam Frau Weber in meinem Büro vorbei, um mit mir ihr Budget für den nächsten Monat zu besprechen. Die Klientin hat drei Kinder und ist seit etwas mehr als einem Jahr geschieden. Ihr früherer Ehemann ist Alkoholiker und häufiger im Bett oder in der Wirtschaft als bei der Arbeit anzutreffen. Deshalb fliessen

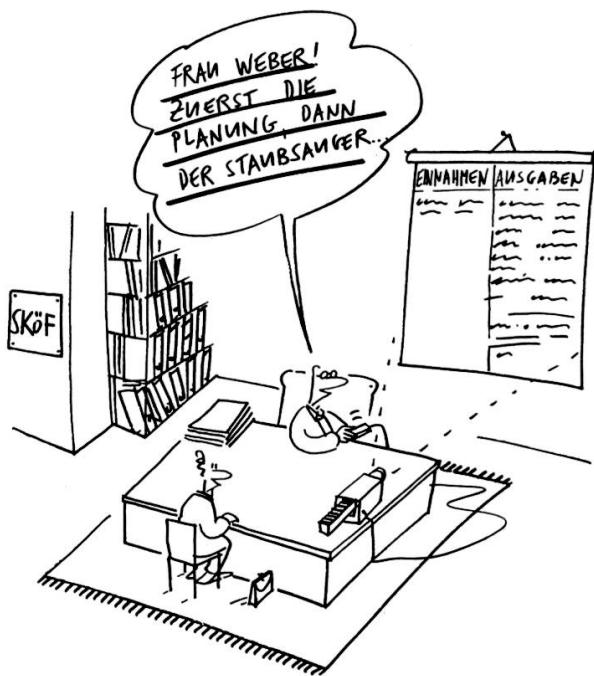
kaum Alimente für die Kinder, vom Unterhaltsbeitrag für die Ex-Ehefrau ganz zu schweigen. Frau Weber aber ist nicht etwa wütend auf ihren Verflossenen, der sie während der zehnjährigen Ehezeit zudem mehrfach misshandelt hatte. Sie fühlt sich sogar noch schuldig, weil es dem auswärts wohnenden Mann seit der Scheidung bedeutend schlechter geht als vorher. Sie kommt nicht über das Scheitern ihrer Ehe hinweg und betrachtet ihre Lage als etwas, wofür sie sich meint schämen zu müssen.

Da eine Wiedervereinigung mit ihrem Ex-Mann jenseits von Gut und Böse liegt, arbeite ich die Trennung mit ihr wie häppchenweise auf – bei jedem Budgetgespräch ein bisschen mehr. Das Ziel besteht darin, die Klientin von ihrer alten Bindung unabhängig zu machen, damit sie mit der Zeit mehr Selbstbewusstsein und Selbstsicherheit entwickelt. Na bitte: Was ist das anderes als emanzipatorische Sozialarbeit vom Besten?

Nun wäre es aber zu schön, wenn das so einfach vonstatten ginge. Schliesslich kommt Frau Weber nicht zum Sozialamt, um sich zu emanzipieren, sondern um ausreichend Geld für ihren Lebensunterhalt und denjenigen ihrer Kinder zu erhalten. Der emanzipatorischen Zielsetzung kann ich mich also nur auf ganz leisen Sohlen nähern. Angesichts der Klientin und des Amtsverständnisses meines Vorgesetzten muss ich dabei fast Subversionsarbeit leisten und ständig auf Rückschläge gefasst sein.

So auch am Freitag: Ich mühte mich redlich und wortgewaltig, den Bogen zu spannen zwischen den nicht eingehenden Alimenten, der zunehmenden Zahl von Scheidungen und einer mög-

lichen Klage auf Vernachlässigung der Unterstützungspflicht gegen den geschiedenen Mann. Die Diskussion mit Frau Weber drehte sich in der Folge jedoch um etwas viel Banaleres, nämlich ... um einen Staubsauger. Sie hatte von der im Nebenhaus lebenden und ebenfalls unterstützten Frau Heinzelmann erfahren, dass meine Kollegin dieser ein neues Sauggerät bezahlt hat. Nun war sie kaum mehr vom Argument abzubringen, dass ihr Apparat seine Arbeit noch deutlich schlechter verrichte als die alte, mittlerweile der Heilsarmee überantwortete Reinigungsmaschine der Nachbarin. Das innere Bedürfnis meiner Klientin, ihren Staubsauger nun ebenfalls einer gemeinnützigen Institution zu schenken, konnte ich nur durch mein Versprechen bremsen, mir die Angelegenheit bis zu unserer nächsten Begegnung gründlich zu überlegen.



Pfuschli / CARTOON

Solche Strapazen können sich meine militärischen Kollegen in ihren «Bewegungen» gar nicht vorstellen.

Kommentar:

In der gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung der Siebzigerjahre richteten sich alle auf andere Lebensformen und neue Werte aus. Viele konnten nicht schnell genug wegkommen von Althergebrachtem und Traditionen. In Köpfen und Gemütern setzte sich der naive Glaube fest, bisherige Realitäten im Lebensalltag könnten abgestreift werden wie ein Kleid – alles werde neu, besser und anders.

Solche Ideen vertraten in erster Linie diejenigen, die sensibel für gesellschaftliche Zusammenhänge und Formen waren und Ursachen sozialer Benachteiligung analysierten. In Universitäten und Sozialschulen wurden mit Akribie alle möglichen Phänomene sozialer Benachteiligung und Randständigkeit erörtert und als gesellschaftlich verursachte Schwachstellen angeprangert. Im gleichen Zug und schier unbemerkt entmündigten die heranwachsenden Fachleute im sozialen Bereich ihre Klienten und muteten ihnen kaum mehr Selbstverantwortung und selbständiges Handeln zu. Sozialarbeit hat sich in dieser Bewegung polarisiert. Später erkannte man dann doch ernüchtert, dass der gesellschaftliche Wandel in Schulstuben und Hörsälen zwar gedacht, in der Realität aber so leicht nicht vollzogen werden kann.

Was in dieser Zeit verloren ging oder zumindest gefährlich in die Ferne rückte, war der Bezug zur Realität, das Verständnis für ganz konkrete persönliche oder familiäre Schwierigkeiten – sei es infolge wirtschaftlicher Not, wegen Konflikten am Arbeitsplatz oder ähnlichem. Professionelle Helfer drohten in die Rolle derjenigen zu verfallen, die ihre Klienten aus Mitleid mit Angeboten und Gütern ausstatten, die diese vielleicht gar

nicht begehrten. Sie taten dies, ohne nach den Fähigkeiten und Möglichkeiten ihres Publikums zu suchen. Bei manchen Sozialarbeiterinnen standen weniger die Interessen der Klienten im Vordergrund, Abhängige und Randständige wurden viel eher zum Objekt eigener Ideologien.

Zurück blieben oft die Vertreter der Behörden, die ihre Budgets im Lot halten mussten und trotz gutem Willen weder den Fachjargon noch die Argumentationskapriolen ihrer Sozialarbeitenden so richtig verstehen konnten. Das Verhältnis zwischen den professionellen Helfern und den Behörden wurde empfindlich und nachhaltig gestört.

Dieser, in den frühen Siebzigerjahren wurzelnde Konflikt darf heute, zwanzig Jahre danach, als weitgehend überwunden gelten. Nicht nur die Ausbildungsstätten haben ihre Haltungen verändert, auch ihre Absolventinnen und Absolventen haben zurückgefunden zu Sachbezug und Realitätssinn sowie zu einem ehrlichen Interesse an konkreten Nöten und gangbaren Lösungswegen.

Wenn wir die historische Szene verlassen und das Heute beurteilen, lassen sich die Fortschritte feststellen:

- Es herrscht Klarheit über Ziel und Auftrag der öffentlichen Fürsorge; dies ermöglicht allen Beteiligten zielgerechtes Handeln.
- Vielerorts wurden die organisatorischen Voraussetzungen für solches Handeln verbessert; damit lassen sich auch die Aufgaben der verschiedenen Rollenträger klarer voneinander abgrenzen.
- Der Auftrag der Sozialhilfe, der nicht nur die materielle Absicherung, sondern auch die soziale Integration umfasst, ist trotz föderalistischen Strukturen weitgehend anerkannt.

2. Szene

1994 (heute): Klient eines regionalen Sozialdienstes

Ich komme eben von einer Besprechung bei der Sozialberaterin... Na ja, es hätte schlimmer sein können. Als ich gestern einem Kollegen erzählte, dass ich heute einen Termin beim Sozialdienst habe, meinte er trocken: «Ich ginge noch lieber zum Zahnarzt als zur Fürsorge.» Darauf entwickelte sich ein Gespräch darüber, inwiefern die beiden Dinge überhaupt vergleichbar sind. Wir waren uns einig, dass beide vorgeben, dir helfen zu wollen und dir dabei doch vor allem auf den Zahn fühlen. Vorhin, als ich der Meier gegenübergesehen bin, ist mir das wieder durch den Kopf gegangen. Aber ich habe auf dem Weg hierher auch einen klaren Unterschied ausgemacht: Beim Zahnarzt bekommst du die saftige Rechnung, und beim Sozialdienst wirst du sie – wenn du Glück hast – wieder los.

Alle Rechnungen bin ich zwar nicht losgeworden. Für die Kreditraten soll ich ein Gesuch um Aufschub stellen, weil ich jetzt unterstützt werde. Im Sekretariat haben sie mir dafür eine Bestätigung geschrieben. Ich weiss noch nicht, ob ich das tun werde. Wenn die Bank erst mal erfährt, dass ich von der Fürsorge unterstützt werde, dann kriege ich nie mehr einen Kredit. Das vermerken die doch in einem Zentralcomputer. Da brauchst du dich dann später nicht zu wundern, wenn die in jeder Bank nur milde lächeln und den Kopf schütteln. Und falls ich mich selbstständig machen will, brauche ich die Banken noch. Vom Sozialdienst bekomme ich wohl kaum

einen Geschäftskredit. Auf der anderen Seite habe ich schon Mühe gehabt, die Bankraten vom Arbeitslosengeld zu zahlen, und jetzt steht mir noch weniger zur Verfügung. Wenn ich da in Verzug gerate, schicken die mir doch sofort den Betreibungsbeamten ins Haus und – zack – ist das Auto oder die Videokamera weg. Den Wagen soll ich sowieso aufgeben, hat die Meier gemeint. Sie hat mir vorgerechnet, dass Unterhalt und Betrieb im Monat mindestens 250 Franken kosten, die ich mir nun nicht mehr leisten kann. Aber so schnell gebe ich nicht auf. Das Auto brauche ich, wenn ich ein eigenes Geschäft eröffnen will. Und ausserdem: Wie sieht denn das aus, wenn der Wagen plötzlich verschwindet? Da weiss doch gleich die ganze Nachbarschaft, dass es dir dreckig geht.



Ja, ich habe schon bessere Zeiten erlebt, als ich noch mit Marlies verheiratet war und meinen Job noch hatte. Dann kam alles auf einmal, wie wenn sich die Welt gegen mich verschworen hätte . . . Wobei, ganz unschuldig war ich daran auch nicht. Angefangen hat es mit der heimlichen Beziehung zu Angela, der Freundin von Marlies' Schwester. Wir haben uns immer am Donnerstag getroffen, wenn meine Frau wegen des Abendverkaufs länger arbeiten musste. Das ist ja inzwischen auch längst Geschichte. Eigentlich war es mir gar nicht unrecht, als Marlies endlich davon erfahren hatte. Aber deshalb gleich die Scheidung, nach fünfzehn Ehejahren? Mein Gott, was ihr Anwalt alles aufgetischt hat! Man hätte meinen können, ich sei eine Miniaturausgabe von Gunter Sachs. Wieviel mich die Scheidung wohl gekostet hätte, wenn da noch Kinder gewesen wären? Es erwies sich schliesslich als gut, dass Marlies ihre Arbeit im Modegeschäft nie hat zurückstecken wollen. Ihr geht es heute finanziell bedeutend besser als mir.

Die Scheidung war noch nicht ausgesprochen, da hiess es in der Elektro AG, auf die Dauer seien zwei Vorarbeiterstellen nicht mehr tragbar. Natürlich rechnete ich als der Erfahrenere mir mindestens 50 Prozent Chancen aus. Eigentlich hätte mir aber gleich klar sein müssen, dass Gino das Rennen machen wird. Er hat es stets verstanden, der Chef in den Schmus zu bringen. Jedesmal, wenn er von Familienbesuchen aus Italien heimkehrte, rückte er bei ihr mit einem Mordspanettone und einer überdimensionalen Flasche Wein an. Ich dagegen habe immer nur meine Arbeit getan. Und dann, mit Vierundvierzig, stehst du

plötzlich auf der Strasse. Nachdem ich den Schock verdaut hatte, schrieb ich Bewerbungen am Laufmeter – zunächst natürlich auf Kaderstellen, mit der Zeit bescheidener auf einfache Elektrikerjobs. Lauter Nichts! Bei den guten Stellen sagen sie dir, es gebe besser qualifizierte Leute, bei den schlechten reden sie sich damit heraus, dass du überqualifiziert seist. In den meisten Fällen begründen sie die Absage ohnehin nicht.

Zwischendurch habe ich ab und an ein bisschen Schwarzarbeit gemacht. Zu Beginn fiel es mir nicht sehr leicht, jedes Loch eigenhändig bohren und jede Schraube selbst hineindrehen zu müssen. Und dann das Einziehen der Leitungen, wenn die Maurer zu dünnes Leerrohr verlegt oder dieses mit Mörtel ausgekleistert haben – da kannst du ganz ordentlich ins Schwitzen geraten! Aber besser als das Beschäftigungsprogramm, zu dem sie mich vom Arbeitsamt aus gedrängt haben, war es allemal. In Stiefelhosen gezwängt, durftest du da wochenlang die Flussböschung bepflanzen. Auf die ständigen Hinweise, dass man bei allem etwas lernen könne, habe ich jeweils nur entgegnet, dass ich leider zu Hause keinen Fluss besitze. Und nun kommen sie beim Sozialdienst wieder mit solchen Ideen . . .

Allerdings könnte es diesmal besser werden. Der Dienst plant zusammen mit einem anderen regionalen Sozialzentrum, dem städtischen Sozialamt und der Arbeitslosen-Versicherung ein Ersatzarbeitsprogramm, an dem auch Ausgesteuerte teilnehmen können. Es soll eine Baugruppe geben, in der die Anleitungsfunktionen durch Fachleute ausgeübt werden. Da hätte ich durchaus Chancen, hät die Sozialarbeiterin

gemeint. Ich könnte im Tageslohn arbeiten. Gut, ich käme nie auf das Geld, das ich früher verdient habe, aber etwas mehr als über die Fürsorge gäbe es schon. Und das Beste ist, dass ich mich im Rahmen dieses Programms weiterbilden könnte. Das wäre mir im Hinblick auf eine eigene Firma nur recht. In unserer Branche bist du bereits nach ein, zwei Jahren weg vom Fenster. All die Vorschriften, die ständig ändern, machen dir sogar Mühe, wenn du voll im Job bist.

Vor allem wäre ich dieses dauernde Hickhack um mein Monatsbudget los. Ich komme mir bei diesen Diskussionen immer ganz nackt vor. Danach fühle ich mich völlig ausgequetscht, so wie ein Hirschleder, das man beim Autowaschen durch die Mange gedreht hat. Ich war ja der Meinung, dass es in der Sozialhilfe verbindliche Tarife geben muss. Nun scheinen da nur Empfehlungen zu existieren, die an jedem Ort wieder etwas anders angewendet werden. Die Meier hat gesagt, dass einzelne Gemeinden, darunter meine, aus Spargründen sogar noch Abzüge von diesen Sök-Richtlinien (oder wie sie heißen) machen wollen. Wo kämen wir denn da hin, wenn jede Gemeinde machte, was ihr passt. Ich finde es demütigend genug, dass ich mir nach fast 25 Jahren Arbeit von irgendeiner jungen Sozialberaterin ein Budget vorrechnen lassen muss. Sie macht das zwar sehr gut und auch einfühlsam. Dennoch spürst du natürlich, wer dabei am längeren Hebel sitzt.

Das Auto ist ihr gleich zu Beginn in die Nase gestochen. Die damit verbundenen Kosten könne sie nicht in die Haushaltrechnung aufnehmen, da solche Auslagen nicht zum nötigen Bedarf zählten. Immerhin verlange sie nicht,

wie dies an anderen Orten getan werde, dass ich die Wagennummer abgebe, bevor ich Unterstützung erhalte. Das fehlte gerade noch! Es kann doch der Fürsorge egal sein, was ich mit dem mir zustehenden Geld anfange. Am Ende wollen sie mir noch vorschreiben, was ich trinken darf und was nicht.

Dann kam die Diskussion um den Mietzins. Als ich vor mehr als zwei Jahren von Marlies weggezogen bin, hatte ich keine grosse Wahl. Eine Zweieinhalbzimmer-Wohnung für 1400 Franken erschien mir durchaus angebracht. Klar, wenn man kein Einkommen mehr hat, ist jede Wohnung zu teuer. Mittlerweile gibt es bestimmt günstigere Gelegenheiten. Aber ich habe mich an diese Überbauung gewöhnt, manchmal fühle ich mich sogar richtig wohl in meinen vier Wänden. Jedenfalls habe ich der Meier gesagt, ich hätte für eine Weile genug unfreiwillige Veränderung mitgemacht. Auf einen Umzug kann ich nun wirklich verzichten!

Kommentar:

Zum Glück hat der Klient seine Überlegungen und Argumente ausführlich vorgebracht.

Im Zeichen des Wohlstandes der letzten dreissig Jahre war zu denken, das Feilschen um Frankenbeträge in Unterstützungsbudgets weiche einer gewissen Grosszügigkeit. So wie Telefon und Television dem Grundbedarf zugerechnet werden, könnte ja – würde sich der Trend der Hochkonjunktur einfach fortsetzen – auch das Auto bald dazugehören. Aber die Zeiten haben sich eben doch geändert: Das «dauernde Hickhack um Monatsbudgets», während Jahren vergessen, ist wieder aktuell. Teilweise analysieren ganze Gemeindevorstände akribisch Fürsorgeauslagen in der Absicht, unnötige Ausgaben zu



streichen. Auch die SKÖF-Richtlinien – aus der Sicht unseres Klienten ein notwendiges Instrument, damit nicht «jede Gemeinde macht, was ihr passt» – werden an einzelnen Orten in Frage gestellt.

Die Klientel der Sozialhilfe ist in den letzten Jahren nicht nur zahlenmäßig angewachsen, es kamen auch neue Personengruppen dazu. Immer mehr gut ausgebildete, arbeitswillige Fachkräfte suchen einige Monate nach dem Kündigungsschock desorientiert die Sozialdienste auf.

Unser Klient äussert die Ansprüche, die er an Helfer und ihre Netze stellt, sehr klar: Es sind Lösungen zu suchen, die es ermöglichen, Leute dort einzusetzen, wo sie ihre Fähigkeiten besitzen. Die soziale Integrität kann nur erhalten werden, wenn Ersatz-Arbeitsprogramme Tätigkeiten anbieten, die Freude machen, Herausforderung bedeuten, Kreativität ermöglichen und so letztendlich auch das Selbstbewusstsein stärken. Das sind hohe Anforderungen an alle, die solche Programme aufbauen. Es entspricht ganz einfach dem menschlichen Naturell, Besseres zu leisten, wenn die eigenen Fähigkeiten und Anliegen ernst genommen und nicht in einem Arbeitslager oder einer Arbeitskolonie ausbeutet werden. In Zukunft müssen wir daher vielleicht abrücken von den extrem individualisierten Sozialhilfemethoden und stattdessen Angebote entwickeln, die auf grössere Gruppen ausgerichtet sind. Aber auch hier bliebe die Herausforderung bestehen, im Rahmen der entsprechenden Programme den individuellen Voraussetzungen, Fähigkeiten, Stärken und Schwächen – letztlich also der Würde des einzelnen Menschen – Rechnung zu tragen.

Unsere Aufgabe bestünde demnach heute darin, nach geeigneten Einsatzmöglichkeiten Ausschau zu halten und differenzierte Leistungsprogramme aufzubauen. Soweit sind wir aber noch nicht. Das Arbeitslosentaggeld

oder die finanzielle Unterstützung trägt zwar zur Deckung des Lebensunterhaltes bei. Den persönlichen (psychischen und sozialen) Auswirkungen der Erwerbslosigkeit kann jedoch damit kaum begegnet werden. Die wachsende persönliche Verunsicherung und die fortschreitende soziale Desintegration werden dadurch nicht aufgehalten.

3. Szene 2019 (in 25 Jahren): Mitglied einer Sozialbehörde

Ich war gerade an einer Sitzung der Regionalkommission der PROSO, die Soziallohnprogramme für Erwerbslose durchführt. In diesem Gremium vertrete ich die Sozialbehörde meiner Gemeinde. Wir haben beschlossen, mit der PROSO ein Stück Wald und Ackerland, das an drei verschiedene Gemeinden grenzt, zum Erlebnispark für Kinder umzugestalten. Mein eigener Nachwuchs hat mir heute früh noch eingeschärft, dass ich mich für dieses Vorhaben stark zu machen habe.

Vor meiner Wahl zum Behördemitglied habe ich mir nicht vorgestellt, dass diese Arbeit so viel Freude machen würde. Das Amt habe ich eigentlich mehr als Verlegenheitslösung angetreten. Als es vor einiger Zeit hiess, dass jede erwachsene Person entweder mindestens fünf Stunden Gemeinschaftsdienst pro Woche leisten oder entsprechend mehr Steuern bezahlen muss, habe ich mich bereits als gebeutelten Supersteuerzahler gesehen. Jedenfalls war klar, dass der Dogan nie freiwillig Spitalbetten zurechtzurren oder Abbruchmaterialien sortieren wird. Auf der anderen Seite habe ich den kleinen Orientteppichladen meines Vaters auch nicht zum führenden

Möbelhaus der Region ausgebaut, um mein Einkommen schliesslich dem Fiskus abzuliefern. So war denn das Argument, dass Behördearbeit ebenfalls als Gemeinschaftsdienst zählt, mit ausschlaggebend für meine Bereitschaft zu kandidieren. Bereut habe ich diesen Entscheid nie. Trotz der vielen Stunden finde ich meine Zusatzaufgabe spannend und lohnend.

Natürlich haben sie mich damals vor der Wahl als Ausländer der zweiten Generation angepriesen, der schon deshalb einen unmittelbaren Zugang zu sozialen Fragen habe. Den hatte ich aber nicht. Den musste ich mir in meiner neuen Funktion zuerst einmal schaffen. Unsere Familie war auch nie wirklich arm. Mein Vater hatte nach seiner Ankunft in der Schweiz nur kurze Zeit in der Fabrik gearbeitet und begann dann bald mit seinem Teppichhandel. Er war schon Geschäftsmann, als ich 1977 geboren wurde. Und ganz zum Leidwesen meiner Eltern habe ich mich immer dagegen gewehrt, richtig Türkisch zu lernen. «Deutsch und Englisch muss ich können, sonst nichts», habe ich schon als Kind gesagt. Kürzlich, als die Europäische Union beschlossen hat, dass sämtliche nationalen Gesetze, also auch die der Schweiz, neben den Landessprachen zusätzlich in Englisch publiziert werden müssen, hat mein Vater sich wieder daran erinnert. Er korrigiert noch heute alle, die unseren Familiennamen falsch aussprechen. Mich hingegen stört es nicht, dass die meisten Leute mich Geser statt Geçer nennen. Es ist ohnehin schwierig, zwischen den angestammten und den zugewanderten Schweizerinnen und Schweizern noch zu unterscheiden. Für mich war dieses Land schon Heimat, lange bevor ich

mich habe einbürgern lassen. In der Schule wurde ich noch häufig gefragt, welchen Heimatort ich besitze; die meisten waren erstaunt, als ich die Türkei nannte. Seit auch in den schweizerischen Identitätsdokumenten nur noch der Geburtsort aufgeführt ist, fragt kaum mehr jemand danach.

Ja, es hat sich viel verändert, seit ich meine KV-Lehre abgeschlossen habe. Das war Mitte der Neunzigerjahre, im Grossen Umbruch. Es gab noch die Arbeitslosenversicherung, deren Bestimmungen fast jedes Jahr verändert wurden. So war ich eigentlich froh, nach der Lehre für einige Zeit mit meinem Vater arbeiten zu können. Dazu mal habe ich das nicht so empfunden, aber rückblickend war diese Notlösung mein erster Karriereschritt. Ohne diese zweite Lehrzeit hätte ich nicht die Verantwortung für die Teppichabteilung bei Möbel Pfister übernehmen können. Und ohne die Erfahrungen in diesem Grossunternehmen hätte ich es später wohl nie gewagt, selbständig in den Möbelhandel einzusteigen. Es war damals nämlich keine Zeit des Wagemutes, vielmehr eine Phase des Zauderns und der Furcht vor Veränderungen. Viele hatten Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren oder in der Konkurrenz nicht mehr bestehen zu können. Auch Manager und Unternehmer wurden aus ihren behäbigen Sesseln gekippt. Die Gewerkschaften und die politischen Parteien sahen ihre überkommenen Kampfideale in Frage gestellt. Politik und Verwaltung verharrten, weil die Geldmittel knapp waren, in einer Abwehrstellung; alles wartete auf die Impulse aus der Ökonomie. Viele Leute waren der Meinung, die Schweiz solle sich der internationalen Entwicklung so gut wie möglich entziehen. Alte

Politiker mussten sogar junge Menschen dazu aufrufen, offener und weniger selbstsüchtig zu sein! In der Sonntagszeitung hat gestern ein Historiker geschrieben, die Schweiz hätte in den Neunzigern versucht, «sich aufzubauen und aus Angst und Unsicherheit einen Wellenbrecher zu formen». Das konnte natürlich nicht gutgehen. Aber vielleicht war diese Zeit nötig, um Atem zu holen für die rasanten Veränderungen, die um die Jahrtausendwende ihren Anfang nahmen. Irgendwo habe ich gelesen, dass die Schweiz sich in den ersten achtzehn Jahren dieses Jahrhunderts stärker verändert hat als in den 55 Jahren zwischen dem Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Jahr 2000.

Aus der Zeit des Grossen Umbruchs sind uns eigentlich nur die Soziallohnprogramme der PROSO geblieben. Wir haben Phasen erlebt, wo mehr als vier Prozent der Erwerbstätigen durch diese Stiftung beschäftigt wurden. Im Moment sind es noch etwa zweieinhalb Prozent. Ursprünglich habe ich mich dagegen gewehrt, dass so etwas wie ein künstlicher, parastaatlicher Arbeitsmarkt eingeführt wird. Ausgehend von der nötigen Deregulierung der Wirtschaft war ich wie viele überzeugt, dass sich auch das menschliche Zusammenleben dann am besten entwickelt, wenn der Staat sich nicht dareinmischt. Um die paar Prozent von dauernd erwerbslosen Menschen sollte sich die Öffentlichkeit allenfalls finanziell kümmern. Auch ich war überrascht, als es 1998 in mehreren Städten des Landes zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Jugendbanden kam. Die Aggression im Namen pseudoreligiöser und rassistischer Ideologien nahm mancherorts sogar terrori-

stische Züge an. Natürlich hat die Staatsmacht ihrerseits mit Gewalt darauf reagiert. Doch schliesslich gewann die politische Lösung «Gebt den Jungen eine Chance!» die Überhand. Die Gründung der «Schweizerischen Stiftung für soziale Integration», kurz: PROSO, im symbolhaften Jahr 2000 war eine direkte Folge davon. Heute muss ich gestehen, dass die PROSO eine segensreiche Einrichtung ist. Sie verhindert, dass Tausende Menschen ein trostloses Rentnerdasein fristen.



Richtig aufgeblüht ist die PROSO eigentlich erst dank einer völligen Umgestaltung unseres sozialen Sicherheitssystems – ein Gedanke, der Ende der Neunzigerjahre heiss diskutiert wurde. Damals gab es ja noch eine Alters-, eine Behinderten-, eine Unfall-, eine Militär- sowie eine Arbeitslosen- und für einige Jahre sogar eine Mutterschaftsversicherung. Alle diese Versicherungszweige wurden vor nunmehr siebzehn Jahren in den Erwerbsersatz-

leistungen (EEL) zusammengelegt und nach dem Bedarfsprinzip neu geregelt. Danach erhalten bestimmte Bevölkerungsgruppen für einen gesetzlich festgelegten Zeitraum die Differenz zwischen dem von ihnen erzielten Einkommen und einem von der Regierung festgelegten Mindesteinkommen über die EEL ausbezahlt. Für die Arbeitslosen wurde damals lange nach einer Regelung der Bezugsdauer gesucht. Endlich einigte man sich auf eine verblüffend einfache Formel: der EEL-Anspruch besteht für so viele Monate, wie zuvor volle Beitragssjahre geleistet wurden. Das bedeutet, dass ältere Erwerbslose im allgemeinen einen entsprechend länger dauernden Anspruch besitzen als jüngere.

Hier nun setzt die PROSO an. Sie bietet erwerbsfähigen Stellenlosen Arbeitsmöglichkeiten an, die zu einem Soziallohn honoriert werden, der zwar um einiges unter dem Lohn für vergleichbare Tätigkeiten in der Privatwirtschaft liegt, den meisten Betroffenen aber zur Existenzsicherung ausreicht. Die PROSO-Programme sind allen Erwerbslosen, auch denen, die EEL beziehen, zugänglich. Allerdings müssen sich Letztere fünfundachtzig Prozent des Netto-Soziallohns an die EEL anrechnen lassen. Auf diese Weise haben wir nur noch sehr wenige Leute, die Gelder aufgrund des Bundesgesetzes über die Sozialhilfe beziehen. Meist sind dies Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen oder Therapiebedürftige.

Das Frappierende am neuen System ist, dass es nicht nur weit einfacher und besser wirkt als das frühere, sondern dass es darüberhinaus weniger kostet. Über die EEL werden zusätzlich das gesamte Defizit der PROSO-Stiftung

und ein Drittel der Leistungs- sowie Infrastrukturkosten der Sozialhilfe finanziert. Das Ganze erfordert weniger Lohnprozente als das seinerzeitige Sozialversicherungsdickicht. Durch dieses Sicherheitssystem benachteiligt werden eigentlich nur Leute wie ich, die wahrscheinlich nie in die Lage kommen, von der EEL zu profitieren. Aber ich muss zugeben, dass Sozialleistungen ausschliesslich jenen zugute kommen sollen, die diese benötigen.

Unsere Sozialhilfe macht übrigens voll mit in der regionalen PROSO. Sie übernimmt zusammen mit privaten Sozialorganisationen, der Berufsberatung, der Berufsbildung und dem Arbeitsamt die begleitende Beratung der am Programm Teilnehmenden. Dies nicht nur als Dienstleistung für die PROSO, sondern auch im eigenen Interesse der Früherkennung und der rechtzeitigen Intervention. Neben dem Bereich der gesetzlichen Betreuung besteht eine weitere Hauptaufgabe der professionellen Sozialhilfe in der Anleitung von Gemeinschaftsdienstleistenden im sozialen Bereich. Dieser obligatorische Dienst von mindestens fünf Stunden pro Woche wird zwar nicht entlohnt, führt indes zu Gutschriften bei der EEL. So können sich zum Beispiel auch Mütter ihren EEL-Anspruch sichern. Weil sich sehr viele von der Gemeinschaftsdienstplicht über höhere Steuern freikaufen, sind die Gutschriften für die anderen kein finanzielles Problem. Ja, durch den Freikauf sprudelt gleichsam dauerhaft eine zusätzliche Finanzierungsquelle.

Frühere Sozialkommissionsmitglieder fragen mich manchmal halbernst, was wir eigentlich heute in der Sozialbehörde noch zu tun hätten. Es schwelbt ihnen dabei das alte Bild einer

5 STD. GEMEINSCHAFTSDIENST
ODER HÖHERE STEUERN....



Kommission vor, die sich um die hilfbedürftigen Leute in der kleinen Gemeinde kümmert und Budgetberechnungen kontrolliert. Also, eine meiner Kolleginnen betreibt heute noch Betreuung neben ihrem Behördeamt. Wir anderen nennen sie scherhaft die «GDK», die «Gemeinschaftsdienstkumulierende». Aber zum Pflichtenheft der Sozialbehörde gehören diese Tätigkeiten nicht. Ich selbst arbeite bei der PROSO mit. Zwei Kolleginnen organisieren den Gemeinschaftsdienst. Der gegenwärtige Präsident ist im Vorstand des Sozialdienstes tätig. Und eine Kollegin, die einzige Sozialfachfrau in unserem Kreis, koordiniert das Sozialnetzwerk, in welchem alle öffentlichen und privaten, stationären und ambulanten Beratungs- und Betreuungseinrichtungen zusammengefasst sind. Gemeinsam tauschen wir Erfahrungen aus und überlegen uns, durch welche Massnahmen soziale Brennpunkte zu entschärfen wären. Da gibt es bei einer

Gemeinde von fast 20 000 Personen schon einiges zu tun. Vieles davon hängt mit der Gemeindeentwicklung, auch mit wirtschaftlichen und baulichen Fragen zusammen. Die Probleme sind komplexer geworden, seit wir uns im Rahmen der schweizerischen Gemeindereform mit drei Nachbargemeinden zusammengeschlossen haben. Früher lebten bei uns ja weniger als 10 000 Leute. Die neue Grösse hat aber auch zu einer wesentlich einfacheren und günstigeren Verwaltungsstruktur geführt.

Es gibt immer noch einige, die den kleinen, autonomen Gemeinden nachtrauern. Im Grossen und Ganzen liegen die Vorteile der Reform jedoch klar auf der Hand. Aber was war das damals doch für eine monatelange, heftige Debatte im ganzen Land, an jedem Stammtisch! Eigenartig ist schon, dass es seither einige Kantone mit nur zwei oder drei Gemeinden gibt; selbst unser grosser Kanton Zürich zählt nur noch vierzig. Aber wenn wir es nüchtern betrachten, so haben die Kantone ihren Souveränitätsanspruch bereits seit langem eingebüsst; sie sind ja nur noch bessere Vollzugs- und Koordinationsinstanzen. In meiner Partei haben wir schon ein paarmal darüber diskutiert, ob man die Kantone nicht abschaffen sollte. Statt des Ständerates könnte ein grosser Kommunalrat gebildet werden, der immer dann einberufen würde, wenn ein Vorhaben die Gemeinden direkt berührt. Aber vernünftige Argumente oder gar Visionen haben es oft schwer: viele Menschen sprechen eben stärker auf Gefühle, Illusionen und Folklore an.

Kommentar:

Unser Mitglied der Sozialbehörde, Herr Dogan Geçer oder Geser, hat dargelegt, welche (möglichen) Lösungen im Jahr 2019 für Aufgaben im Bereich der Sozialhilfe, zur Bekämpfung von Armut und Arbeitslosigkeit bestehen könnten:

Eine schweizerische Stiftung PROSO anstelle von zweitausend verschiedenen kommunalen, kantonalen oder privaten Sozialhilfeorganisationen, die erwerbsfähigen Stellenlosen auf regionaler Ebene vielfältige Arbeitsmöglichkeiten anbietet und ihnen einen existenzsichernden Soziallohn bezahlt. Aus dieser Sicht ist das heutige System der sozialen Sicherheit, das für jedes Problem oder jede Problemgruppe ein eigenes Institut schafft und trotzdem die eigentlich zu erfüllende Aufgabe aus den Augen verliert, aufwendig, teuer und ineffizient. Es trägt zu wenig bei zur sozialen Integration von Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen Gefahr laufen, an den Rand gedrängt zu werden und den Anschluss zu verlieren. Wir pflegen eine Reihe von Sozialversicherungssystemen, die recht eindimensional ausgerichtet sind auf ein Risiko oder ein Ereignis, sei es Alter, Behinderung, Unfall, Arbeitslosigkeit o. ä. Angebote zur Linderung der brennendsten materiellen Nöte haben wir seit dem Zweiten Weltkrieg mittlerweile genug geschaffen. Verdienstausfälle wegen dem Verlust der Arbeit, wegen Alter, Krankheit, Unfall oder Behinderung sind für die meisten weitgehend abgesichert. Nur: Die Überweisung von Geld allein löst nicht alle Probleme. Das Risiko, in unserer modernen Gesellschaft an den Rand gedrängt zu werden, besteht trotz materieller Absicherung nach wie vor. Geld vermag zwar die Existenz zu sichern, nicht aber zu verhindern, dass Menschen sozial ausgesondert werden. Die Möglichkeit, eine

sinnvolle Arbeit, einen Beitrag zur Entwicklung der Gemeinschaft leisten zu können, ist der Aussicht auf ein trostloses Rentnerdasein allemal vorzuziehen. Arbeit fördert die soziale Integration. Sie ist ein wichtiger Ausgangspunkt für soziale Beziehungen und stärkt das Selbstwertgefühl.

Besteht das soziale Sicherheitsmodell der Zukunft aber tatsächlich in einer rigorosen Vereinheitlichung des Systems? Ist es realistisch, im Laufe der nächsten Generation einen so grundlegenden Umbau des heute Gültigen zu erreichen? Prüfen wir doch einmal, ob wir aus barer Furcht vor Veränderungen weiterhin an den bestehenden, komplexen und komplizierten Versicherungssystemen herumflicken, ja herumbasteln wollen. Vielleicht können grundlegende Änderungen nur erreicht werden, wenn wieder etwas Aufbruchsstimmung einkehrt, so wie damals zu Beginn der Siebzigerjahre. Vielleicht nicht so wild und radikal wie damals, aber doch geprägt vom klaren Willen, gegenwärtige und künftige Herausforderungen neu und anders zu bewältigen.

Zu den traditionellen PRO-Organisationen, die wir alle kennen, könnte dann eine

weitere hinzukommen: die PROSO, eine schweizerische Stiftung für soziale Integration. In unserem Land erreicht man vielleicht mehr, wenn man seinem Vorhaben das PRO-Etikett umhängt. Dieses PRO steht für solide, vertrauenswürdig, sozial und kompetent. Die SKöF und ihre Richtlinien werden demnach die nächsten 25 Jahre nicht unbeschadet überstehen. Die individualisierte wirtschaftliche Hilfe weicht weitgehend dem Erwerbsersatzmodell (EEL), dessen Bezeichnung wohl nicht zufällig an die heutigen EL (Er-gänzungsleistungen) erinnert. Die materielle Einzelfallhilfe ist dann nur noch für ein paar wenige notwendig. Der SKöF würde in dieser Vision immerhin die Ehre zufallen, die EEL vorweggenommen und die PROSO-Stiftung tatkräftig mit vorbereitet zu haben. Somit käme sogar unser Fachverband, wenn auch etwas spät, zum Status eines PRO-Werkes.

Wir haben unseren Mitgliedern bereits angekündigt, dass im Rahmen der SKöF-Verbandsentwicklung in nächster Zeit wichtige weiterführende Entscheide getroffen werden müssen. Ob in diesen bereits die Saat für die geschilderte Zukunftsperspektive steckt, bleibt vorerst abzuwarten.

SKöF-Kursdokumentation «Sozialhilfe am Scheideweg»

bestehend aus dieser Nummer der Zeitschrift für öffentliche Fürsorge sowie
der speziellen, 34seitigen Kursbroschüre (Format DIN A4)
zum Thema

«Neue Wege zur Aufgabenerfüllung in der öffentlichen Fürsorge»,

ist – solange der Vorrat reicht – bei der SKöF erhältlich.

(Vgl. Inserat mit Bestelltalon auf letzter Umschlagseite)